



Die Stadtverordnetenversammlung

Tagesordnung I Punkt 4.1 der öffentlichen Sitzung am 31. Oktober 2019

Antrags-Nr. 19-F-21-0046

Antisemitismus, Extremismus und Rassismus haben in Wiesbaden keinen Platz - Antrag der Fraktionen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 29.10.2019 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Wiesbaden ist eine weltoffene, tolerante und vielfältige Stadt für Menschen aller Glaubensrichtungen, sexueller Orientierungen, Geschlechter und Herkunft.

Durch Gewalt, Hass und Hetze, Ausgrenzung oder Abwertung wird dieses tolerante und vielfältige Miteinander gefährdet.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt daher klar: In Wiesbaden haben Antisemitismus, Extremismus und Rassismus keinen Platz.

Antrag der LINKE&PIRATEN Rathausfraktion Wiesbaden zu TOP 4 der Tagesordnung I in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 31. Oktober 2019

Am 9. Oktober dieses Jahres wurden in Halle zwei Menschen getötet, nachdem der rechtsextreme Täter zunächst versucht hatte, gewaltsam in eine Synagoge einzudringen. Dies misslang zwar, jedoch fielen in der Folge zwei Menschen seinen Schüssen zum Opfer, weitere wurden schwer verletzt. Die Tat wurde live im Internet gestreamt und traf dort auch auf eine zustimmende Community. Die Tat ordnet sich damit in ähnliche rechtsextremistische Vorfälle in anderen Ländern ein, bei denen noch deutlich höhere Opferzahlen zu beklagen waren. Der Täter in Halle hat seine Tat gestanden, als Motiv gab er eine rechtsradikale und antisemitische Gesinnung an.

Das Bundeskriminalamt hat derzeit auch 43 Rechtsextremisten in Deutschland als „Gefährder“ eingestuft, d.h. sie traut ihnen einen Anschlag zu. Die Zahl ist steigend. Für Vorfälle, bei denen eine antisemitische Motivation eine Rolle spielt, gibt es wenige verlässliche Statistiken. Anschläge wie zuletzt in Halle oder auch der versuchte Messerangriff auf die Neue Synagoge in Berlin nur wenige Tage davor lenken die Aufmerksamkeit jedoch vermehrt auf Personen oder Gruppen mit antisemitischer Gesinnung.

Als Beispiel für rechtsextremistisch motivierte Taten sei an den Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke erinnert. Der Bundesverfassungsschutz hat angekündigt, die Beobachtung von Rechtsextremisten insbesondere im Internet zu verstärken. Vor allem soziale Netzwerke oder Gaming-Plattformen seien vermehrt genutzte Kommunikationskanäle rechtsextremer Gruppierungen.

In Wiesbaden leben viele Menschen unterschiedlicher Herkunft, mit unterschiedlichen Lebensentwürfen und aus den verschiedensten Kulturen. Dies ist Ausdruck unserer offenen Einstellung und belebt unsere Stadt in vielerlei Hinsicht. Das soll so bleiben. Wie der „Fall Halle“ zuletzt offenbart hat, gibt es jedoch Menschen, die diese Ansicht nicht nur nicht teilen, sondern auch bereit sind, Gewalt gegen andere anzuwenden und zu töten. Auch die Stadt Wiesbaden kann etwas tun, um Rechtsextremismus jeglicher Art und Antisemitismus einzudämmen und das Risiko von Anschlägen zu minimieren.

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

1. Die Landeshauptstadt Wiesbaden ist eine soziale, tolerante, offene, und demokratische Stadt und hat die Verpflichtung, die Freiheit, Gleichheit und Würde des Menschen zu wahren und zu fördern.
2. Die Landeshauptstadt Wiesbaden zeigt eine entschlossene Gegenwehr gegen rechte Hetze, Rassismus, Bedrohungen, Gewalttaten sowie Terror.
3. In Wiesbaden soll es keine Ehrung und Wahl von Repräsentanten oder Mitgliedern rechtsradikaler oder neonazistischer Parteien in oder durch öffentliche Ämter geben.
4. Wiesbaden bekennt sich zur Stärkung der zivilgesellschaftlichen Organisationen und Präventionsprogramme gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus.
5. Die Stadt Wiesbaden setzt sich über den Deutschen Städtetag für die konsequente Verfolgung von „Hasspostings“ im Internet ein. Sie fordert des Weiteren die konsequente Strafverfolgung von Gewaltdelikten und Drohungen mit Gewalt.
6. Die Stadt Wiesbaden setzt sich über den Deutschen Städtetag für eine Verschärfung des Waffen- und Sprengstoffgesetzes ein.
7. Die Stadt Wiesbaden verfolgt eine konsequente disziplinar- und strafrechtliche Ahndung menschenfeindlicher, rassistischer und neonazistischer Äußerungen und Betätigungen im öffentlichen Dienst, insbesondere bei den Sicherheitsbehörden.

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. Welche Straftaten mit einem rechtsextremen/antisemitischen Hintergrund bzw. aus dem Bereich der Staatsschutzdelikte sind in den vergangenen vier Jahren in Wiesbaden festgestellt worden?
2. wie er die aktuelle Gefährdungslage und den Schutz von sensiblen Einrichtungen, z.B. Synagogen, Mahnmalen, Moscheen, US-Wohnsiedlungen in Wiesbaden beurteilt;
3. was der aktuelle Stand des Schutzes in der Fußgängerzone, insbesondere bzgl. der geplanten versenkbaren Poller, ist;
4. welche Programme und Projekte die Stadt fördert oder betreibt, um in der Stadtgesellschaft über Rechtsextremismus und Antisemitismus aufzuklären, diese zu bekämpfen und zur Demokratieerziehung beizutragen;
5. inwieweit Staatsbürgerkunde und Extremismusprävention im Rahmen der Ausbildung für den städtischen Verwaltungsdienst, bei der Ausbildung der Stadtpolizei aber auch bei internen Fortbildungsangeboten für Mitarbeiter*innen der Stadt und ihrer Gesellschaften berücksichtigt werden.

Beschluss Nr. 0454

Der Antrag der Fraktionen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 29.10.2019 wird, ergänzt um die Ziffern 1 und 2 sowie 4 bis 7 (Abschnitt: Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen) des Antrags der Fraktion Linke&Piraten vom 31.10.2019, in folgender Form angenommen:

- I. Wiesbaden ist eine weltoffene, tolerante und vielfältige Stadt für Menschen aller Glaubensrichtungen, sexueller Orientierungen, Geschlechter und Herkunft.
- Durch Gewalt, Hass und Hetze, Ausgrenzung oder Abwertung wird dieses tolerante und vielfältige Miteinander gefährdet.
- Die Stadtverordnetenversammlung stellt daher klar: In Wiesbaden haben Antisemitismus, Extremismus und Rassismus keinen Platz.
- II. 1. Die Landeshauptstadt Wiesbaden ist eine soziale, tolerante, offene, und demokratische Stadt und hat die Verpflichtung, die Freiheit, Gleichheit und Würde des Menschen zu wahren und zu fördern.
2. Die Landeshauptstadt Wiesbaden zeigt eine entschlossene Gegenwehr gegen rechte *und jede andere Art von* Hetze, Rassismus, Bedrohungen, Gewalttaten sowie Terror.
3. Wiesbaden bekennt sich zur Stärkung der zivilgesellschaftlichen Organisationen und Präventionsprogramme gegen Rechtsextremismus *und jede andere Form von Extremismus*, Antisemitismus und Rassismus.
4. Die Stadt Wiesbaden setzt sich über den Deutschen Städtetag für die konsequente Verfolgung von „Hasspostings“ im Internet ein. Sie fordert des Weiteren die konsequente Strafverfolgung von Gewaltdelikten und Drohungen mit Gewalt.
5. Die Stadt Wiesbaden setzt sich über den Deutschen Städtetag für eine Verschärfung des Waffen- und Sprengstoffgesetzes ein.
6. Die Stadt Wiesbaden verfolgt eine konsequente disziplinar- und strafrechtliche Ahndung menschenfeindlicher, rassistischer und neonazistischer Äußerungen und Betätigungen im öffentlichen Dienst, insbesondere bei den Sicherheitsbehörden.
- III. Ziffer 3 (Abschnitt: Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen) des Antrags der Fraktion Linke&Piraten vom 31.10.2019 wird an den Ältestenausschuss überwiesen.
- IV. Die Ziffern 1 bis 5 (Abschnitt „Der Magistrat wird gebeten zu berichten“) des Antrags der Fraktion Linke&Piraten vom 31.10.2019 werden abgelehnt.

1. Der Vorsitzenden des Ältestenausschusses
mit der Bitte um weitere Veranlassung
zu Nummer III.
2. Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .11.2019

Gabriel
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, .11.2019

Dezernat II
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Mende
Oberbürgermeister